

Verlagsbedingungen und Einzelnenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: S.W. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Zel.-Adressen: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH,
Berlin S.W. 68, Cindensstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Baldwin über Englands Friedensaufgabe.

London, 9. Juni. (W.B.) Baldwin erklärte gestern in einer in Oxford gehaltenen Rede, in der er über die konservative Partei und ihre Bedeutung für die Zukunft sprach, die Mitglieder der Partei dürften niemals vergessen, daß, während sie Engländer, Schotten, Waliser oder Iren seien, sie zu gleicher Zeit auch Europäer seien, und daß England durch die konservative oder eine andere Regierung dem zerrütteten Europa Frieden bringen müsse. (Beifall.)

Seiner Ansicht nach hänge der Bestan der westlichen Zivilisation von der Stabilität und von der Immunität gegen einen Versuch, wie man ihn vor kurzem in Rußland gesehen habe, ab. (Beifall.) Es gäbe kein Land in der Welt, das einen derartigen Einfluß ausüben müsse wie England. England sei von Europa nur durch den Kanal getrennt. Es genüge eine Stabilität, sei frei von Experimenten, und es werde seine Aufgabe sein, alles zu tun, was in seiner Macht liege, um Europa bei der Herbeiführung des Friedens zu helfen. Seiner Ansicht nach könne die konservative Partei im gegenwärtigen Augenblick ein Werkzeug für die Erreichung dieses Zieles sein.

Beginnende Entspannung?

London, 9. Juni. (W.B.) Der Parlamentsberichterstatter des „Daily Express“ schreibt, gestern hätten unter einigen Kabinettsministern inoffizielle Erörterungen über die deutsche Note stattgefunden. Das Kabinett werde bald eine Sitzung abhalten. Man sei der Überzeugung, daß alle Anstrengungen gemacht werden müßten, um das volle Zusammenwirken der Alliierten wiederherzustellen, und daß in diesem Sinne sofort an die französische und belgische Regierung herangetreten werden sollte. Lord Robert Cecil sei in Paris gewesen, um den Vorschlag für eine Alliiertenkonferenz vorzubringen. Baldwin sei bereit, die Vertreter der Regierungen jederzeit nach London einzuladen. Der gut unterrichtete diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt heute, die

überraschende Einmütigkeit.

mit der die britische öffentliche Meinung fast jeder politischen Schattierung sich dafür ausgesprochen habe, daß Reichsfinanzminister Cunos letzte Vorschläge als möglicher Ausgangspunkt für eine gemeinsame Erörterung behandelt würden, habe der britischen Regierung tiefe Befriedigung und ein Gefühl vermehrter Stärke verliehen. Die britische Regierung sei jetzt sicher, daß sie bei der baldigen Preisgabe einer Politik reiner Passivität und bei ihren zukünftigen Anstrengungen, eine baldige und angemessene Regelung in Europa zu erzielen, eine einzige Nation hinter sich haben werde. Es verlautet, daß weder die französische noch die belgische Regierung zu handeln beabsichtigten, ohne vorher ihre Ansichten der britischen und der italienischen Regierung mitgeteilt und deren Meinungen festgestellt und erwogen zu haben. Der Standpunkt der französischen Regierung scheine jedoch für den Augenblick von den britischen Ansichten weit entfernt zu sein, so daß er nur wenig Aussicht auf eine sofortige Vereinbarung

oder Konferenz biete. Poincaré sei abgeneigt, irgend welche Vorschläge von seinen Beratern zu erwägen, bevor nicht die deutsche Regierung die Politik des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet aufgegeben habe. Er sei ebenso abgeneigt, der Räumung des Ruhrgebietes zuzustimmen, bevor Deutschland nicht seine Verpflichtungen erfüllt habe, wenigstens gegenüber Frankreich oder Belgien. Schließlich läßt Poincaré die von Cunao angebotene Zahlungsmethode und Garantien weder als angemessen noch bloßer Sicher an. Poincaré scheine auf jeden Fall gestern in London mitgeteilt zu haben, daß seine Zustimmung zu einer Kollektivantwort an Deutschland und einer darauf folgenden Konferenz von folgenden Bedingungen abhängen würde:

1. Der deutsche passive Widerstand muß aufhören.
2. Der deutsche Vorschlag eines internationalen Sachverständigenausschusses muß verworfen werden, da er dem Vertrag von Versailles widerspricht.
3. Die von Deutschland vorgeschlagenen Garantien müssen in ihrer gegenwärtigen Gestalt als wertlos verworfen werden.

Paris, 9. Juni. (Eco.) Der Brüsseler Korrespondent des „Devoir“ hatte eine Unterredung mit einer hohen belgischen politischen Persönlichkeit, die ihm erklärte, ein Punkt in der deutschen Note verdiene besondere Beachtung, nämlich, daß Deutschland sich diesmal formell bereit erklärt, zu verhandeln, während das Ruhrgebiet besetzt ist. Dieses sei ein erster Schritt auf dem Wege zur Lösung.

Wenn Deutschland einen weiteren Schritt tue und die Befehle zurückziehe, die es seinen Beamten gegeben hat, und gleichzeitig damit einverstanden wäre, daß die französisch-belgischen Truppen das Ruhrgebiet nur nach Maßgabe der deutschen Zahlungen räumen, dann wären Verhandlungen möglich. Auf die Frage, ob Belgien eine gemeinsame Antwort der Entente wünsche, antwortete man dem Korrespondenten, daß eine solche sicher vorzuziehen sei. Die politische Persönlichkeit erklärte weiter, daß sie nicht wisse, ob Entand die Befehle des Ruhrgebietes offiziell anerkennen werde. Gegen eine eventuelle Befreiung Englands könne man nichts machen.

Die Politik Italiens.

Rom, 8. Juni. (W.B.) In der heutigen Sitzung des Senats ergriff Ministerpräsident Mussolini das Wort zu einer Erklärung, in der er die allgemeinen Linien der italienischen Politik darlegte. Der Zeitpunkt für eine politische Aktion allgemeiner Natur sei günstig, die darauf abzielt, so rasch wie möglich die politische Lage des Kontinents normal zu gestalten. „Es ist ein italienisches Interesse ersten Ranges,“ fuhr der Ministerpräsident fort, „die fried-

liche Lösung der europäischen Krise zu beschleunigen. Die Krise wird seit dem Versailler Vertrage von der Reparationsfrage beherrscht. Gegenüber dieser Frage ist die Stellung Italiens in ihren Grundzügen die folgende:

1. Deutschland kann und muß den Betrag bezahlen, der bereits jetzt im allgemeinen aufgestellt zu sein scheint, und der von den mehreren hundert Milliarden, von denen noch Abschluß des Waffenstillstandes die Rede war, weit entfernt ist.
2. Italien kann keine Änderungen oder Ummächtigungen territorialer Art dulden, die eine Hegemonie politischer, wirtschaftlicher oder militärischer Art herbeiführen könnten.
3. Italien will seinen Anteil am Opfer tragen, falls das für den Wiederaufbau der europäischen Wirtschaft notwendig sein sollte.
4. Die italienische Regierung beharrt heute mehr als jemals, und insbesondere angeht die letzte deutsche Note, auf ihrem Standpunkt, daß die Reparationsfrage und die Frage der europäischen interalliierten Schulden miteinander in engem Zusammenhang stehen und in einem gewissen Sinne voneinander abhängig sind. Im weiteren Verlauf seiner Rede besprach Mussolini die früheren Vorschläge Italiens, Englands und Deutschlands und erklärte, daß die letzten deutschen Vorschläge unbefriedigend gewesen seien. Gestern habe nun der deutsche Botschafter, von Neurath, ihm eine neue deutsche Note überreicht. Ueber Inhalt und Wesen dieser Note könne er sich aus begrifflichen Gründen noch nicht äußern, da er sich mit den Alliierten in Verbindung setzen müsse.

Günstige Aufnahme in Amerika.

London, 9. Juni. (W.B.) „Daily Telegraph“ berichtet, einem Telegramm aus Washington zufolge werde die deutsche Note in dortigen Regierungskreisen als ein „ausgesprochener Fortschritt“ gegenüber allem, was Berlin bisher angeboten habe, angesehen. Sowohl die unterbreiteten Garantien, als auch der Vorschlag einer Konferenz zur Festlegung des Reparationsbetrages würden in Washington als eine mögliche Verhandlungsgrundlage bezeichnet. Es bestche eine allgemeine Meinung, die Note wegen ihres kaufmännischen Inhalts und ruhigen Tones zu loben.

Oberst House, der zu einem einmonatigen Aufenthalt in London eingetroffen ist, erklärte gestern in einer Unterredung mit einem Vertreter der „Times“ über das deutsche Memorandum, es sei die bestimmteste und befriedigendste Erklärung, die Deutschland bisher über die Frage der Reparationen gemacht habe. Es sei, als wenn eine große Korporation, die sich in finanziellen Schwierigkeiten befinde, alle vorhandenen Werte zusammengefaßt habe, um ihren Verpflichtungen nachzukommen. Wenn die deutsche Regierung einen bestimmten Betrag genannt hätte, würde sie sich der Verschuldigung der Unaufrichtigkeit ausgehehrt haben, da jede Summe, die sie angegeben hätte, notwendigerweise größer hätte sein müssen als die 30 Milliarden Goldmark, die in der letzten Note angeboten worden waren, die von den Alliierten abgelehnt worden sei. Deutschland habe sich jetzt bereit erklärt, nach seiner Leistungsfähigkeit zu zahlen. Es sei Sache der Alliierten zu bestimmen, wie hoch die Leistungsfähigkeit Deutschlands bemessen werden könne. House erklärte, er glaube zuversichtlich, daß das deutsche Memorandum einen guten Eindruck in der gesamten Welt machen werde.

Sozialistische Kritik an Poincaré.

Paris, 9. Juni. (U.) Der „Populaire“ nimmt heute Stellung zum deutschen Memorandum. Poincaré, schreibt er, habe gemerkt, daß die neue deutsche Note interessante Punkte enthalten würde, aber er habe trotzdem als Vorbedingung für jede Aufnahme von Verhandlungen die Einstellung des passiven Widerstandes in Brüssel zur Annahme gebracht. „Populaire“ fragt, ob dies bewusste Sabotage sei. Man habe mehr als je den Eindruck, daß Poincaré weniger an einer Lösung als an einer Kapitulation liege. Bis jetzt habe die „große Presse“ Frankreichs stets einen Teil der konservativen englischen Presse zur Unterstützung der unnachgiebigen Politik Poincarés zitiieren können. Diesmal werde die „große Presse“ zu der Feststellung genötigt sein, daß außer „Daily Mail“ die gesamte englische Presse ohne Unterschied der Richtung die deutsche Note als geeignet für eine Verhandlungsgrundlage erkläre. Nichts sei in dieser Beziehung bezeichnender als ein Artikel der „Morning Post“. Mit absoluter Klarheit stelle das Blatt fest, daß das deutsche Memorandum einen großen Fortschritt darstelle, und daß die Tatsache, daß die deutsche Regierung die Frage des passiven Widerstandes nicht erwähne, ein gutes Zeichen dafür sei, daß das Memorandum eine zweckmäßige Verhandlungsgrundlage biete. Die gesamte französische Presse aber glaube „unmöglich, unannehmbar, Illusionen, keine Verhandlungen!“ Die Verantwortung der französischen Regierung werde alle Lagen schwerer.

Dauernde Dollarsteigerung.

Amlich 84000, nachbörslich 87000!

Die in den gestrigen Abendstunden einsetzende neue Devisenhausse hält auch heute im offiziellen Verkehr an der Börse an. Ueber die Ursache dieser Bewegung ist man sich selbst in Börsenkreisen nicht ganz klar. Man verweist auf die widersprechenden Nachrichten über die Aufnahme des deutschen Memorandums in Paris und auf die schwierige innerpolitische Lage. Den äußeren Anlaß zu den Kurssteigerungen der ausländischen Zahlungsmittel haben große Käufe gegeben, die von Frankfurt a. M. und anderen westdeutschen Plätzen ausgingen. Der Dollar, der im Vormittagsverkehr zwischen 83000 und 87000 schwankte, wurde amlich mit 84000 notiert und stieg dann weiter auf 87000. Beeinflusst durch diese feste Haltung der Devisen trug auch der Freibörser in Effekten ein sehr festes Gepräge. Besonders geläut waren westdeutsche und oberösterreichische Konsumwerte, Erdöl- und Holzwerte.

Der Kabinettswechsel in Polen.

Von Dr. Alfred Rossig.

Selbst die besten Kenner der politischen Lage in Polen, die aktiven Führer der Parteien, geben zu, daß es vorläufig beinahe unmöglich ist, die wahre Tragweite des eben vollendeten Umschwunges zu erkennen. Handelt es sich nur um eine kurzlebige neue Kombination regierungslustiger Gruppen oder um eine tief einschneidende Aenderung des Systems der polnischen Staatspolitik? Darüber kann erst die Gestaltung des politischen Kräfteverhältnisses in den nächsten Monaten entscheiden. Heute muß man sich damit begnügen, festzustellen, welche Faktoren am Werke sind.

Die treibende Kraft in dem Prozesse, dessen erstes Stadium Polen nun erlebt hat, bildet zweifellos die Nationaldemokratische Partei. Sie war es, die immer wieder an den Bauernführer Witos mit dem Vorschlag herantrat, das Kabinett Sikorski zu stürzen und auf Grund einer rein polnischen Majorität zu regieren. Den Nationaldemokraten ist es sicherlich nicht bloß um das Vergnügen zu tun, durch einige Monate am Regierungssitz, statt auf den Bänken der Opposition zu sitzen. Was sie anstreben, ist ein polnischer Staat nach ihren Ideen und unter ihrer ständigen Hegemonie. Es ist aber höchst fraglich, ob sie bei der Kräftegruppierung in dem neuen Polen, ja bei der Zusammenfassung ihrer eigenen Partei, in der Lage sein werden, ihr politisches Ideal zu verwirklichen.

Schon ihr gegenwärtiger Vorstoß zur Macht war mit außerordentlichen Schwierigkeiten verbunden. Noch lastet auf ihrer Partei der Vorwurf der Gewaltpolitik, den sie sich durch die mit der Wahl und Ermordung des Staatspräsidenten Narutowicz zusammenhängenden Vorgänge zugezogen hatten. Ja, dieses Obium hatte sich in der letzten Zeit eher verstärkt als abgeschwächt, da die geheimnisvollen Bombenattentate, welche neuerdings in verschiedenen polnischen Städten stattfanden, ihrer jugendlichen Avantgarde zugeschrieben wurden. Dieses Moment spielt heute in der öffentlichen Meinung Polens eine solche Rolle, daß der neue Ministerpräsident Witos in seinem Programmexposé nachdrücklich betonen mußte, daß seine Regierung keinerlei Gewalttate dulden werde.

Einen nationaldemokratischen Ministerpräsidenten aufzustellen, wäre heute noch eine Unmöglichkeit. Die Nationaldemokraten mußten also in der gegenwärtigen Koalition von vornherein den entscheidenden Posten an die Bauernpartei abtreten. Nun ist aber das Haupt dieser Partei, Witos, keineswegs als harmlose Dekoration aufzufassen. Dank seiner geschickten Politik besitzt heute die Bauernpartei oder richtiger gesagt: Witos, die ausschlaggebende Macht in Polen. Witos aber ist seiner ganzen politischen Denkwelt nach nicht der Mann, der sich in das Fahrwasser der Nationaldemokraten hineindrängen lassen oder irgendwelche extrem-reaktionäre Maßnahmen dulden würde. Ja, seine politische Existenzgrundlage, die Zugehörigkeit zur Bauernschaft, erfordert es, daß er sich von den demokratischen und fortschrittlichen Lösungen nicht gänzlich losgibt. Noch mehr. Er kann um so ruhiger eine maßvolle, vernünftige Innen- und Außenpolitik führen, als er nicht um den Beifall der Rechten zu buhlen braucht, weil sie als seine Verbündete von vornherein auf seiner Seite ist.

So ist die eigentümliche Erscheinung zu erklären, daß Witos in seinem Exposé den nationalen Minderheiten unvergleichlich größeres Entgegenkommen zeigen konnte als Sikorski. Wir stoßen hier auf einen paradoxalen Punkt in der innerpolitischen Lage Polens. Man hat mit Recht von einer „politischen Maskerade“ gesprochen. Sikorski, der verdächtigt wurde, weder Deutschen noch Judenhaßer zu sein, glaube zur Befestigung seiner Stellung mit den Wölfen heulen zu müssen. Durch seine nationalstischen Reden verscherte er sich die Sympathien der Minoritäten, ohne bei der Rechten den ersehnten Kredit zu finden. Witos konnte ruhig erklären, daß seine Regierung sich zwar auf eine polnische Majorität stütze, dabei aber, fern von allem Chauvinismus, die berechtigten Wünsche der nationalen Minderheiten zu erfüllen bereit sei.

Sicherlich wird diese Erklärung der neuen Regierung von den Minoritäten vorläufig wiederum nur als politische Maskerade angesehen werden. Und doch hätte das Kabinett Witos sehr gewichtige außen- und innenpolitische Gründe, um ihr Programm, nicht nur hinsichtlich der andersrassigen Minderheiten, sondern auch in bezug auf die Agrarreform und sonstige demokratische Maßnahmen auch tatsächlich durchzuführen. Durch das Einschlagen einer reaktionären Richtung würde Polen, das unter dem Kabinett Sikorski zweifellos gewisse außenpolitische Fortschritte gemacht hat, seinen Kredit im Ausland untergraben. Im Innern wiederum ist Witos darauf angewiesen, die schwache Majorität, auf die sein Kabinett sich stützt, durch Mittläufer aus linksorientierten Gruppen, wie die Nationale Arbeiterpartei, zu vermehren. Ja, seine Regierung kann sich überhaupt nur dann halten, wenn der Pakt mit der Rechten sich nicht als Verrat am Programm der Bauernpartei entpuppt. Das würde Witos von seiner eigenen Anhängerschaft trennen.

Zwei Angelegenheiten könnten Witos und sein Kabinett zu Fall bringen: die Hinausschiebung der Agrarreform und eine Aenderung der jetzigen Wahlordnung. Der ersten Gefahr wird Witos voraussichtlich in der Weise zu entgehen trachten, daß er die Verzögerung tatsächlich beginnen, aber in langsamem Tempo durchzuführen läßt. Die Errichtung eines besonderen Ministeriums für die Agrar-

reform und die Anforderung eines erheblichen Kredits für die Parzellierung sind bereits ins Auge gefaßt. Die Verringerung der Wahlordnung ist die geheime Klausel in dem Pakt mit der Rechten. Sie soll das Instrument zur Sicherung einer dauernden polnischen Majorität unter Führung der Nationaldemokraten sowie zur politischen Lähmung der Minderheiten bilden. Der Kampf um eine derartige Wahlordnung bedeutet eine Lebensfrage für die Nationaldemokraten, aber ein lebensgefährliches politisches Experiment für Witos.

Unter diesen Umständen hat Witos allen Grund, seiner bisherigen gemäßigten Politik nicht untreu zu werden und der Rechten begreiflich zu machen, daß dies auch für sie der heilsamste Weg ist. Verschließen sich die Leiter des neuen Kabinetts dieser Einsicht oder sind sie nicht imstande, dem Drängen der Rechten nach einem radikalen Systemwechsel auf die Dauer Widerstand zu leisten, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß noch vor Ablauf des Jahres das andere Ende des politischen Schaukelbrettes wieder emporschneilt: daß die Bauern- und die Arbeiterparteien, unterstützt von den nationalen Minderheiten, eine große demokratische Koalition bilden, welche Sikorski, Dombiski oder Thugutt ans Ruder beruft und die Leitung der Armee wieder in die Hände Piłsudskis legt.

Neue Verschleppung des Raehne-Prozesses.

„Keine genügenden Beweise . . .“

Am 2. Mai 1921 wurde der 16jährige Sohn des Obstzüchters Otto Laase aus Bellow auf dem Grund und Boden des Herrn von Raehne erschossen. Am 30. Juli 1921 unterrichtete Herr v. Raehne den Vater Laases von dem Vorfall mit dem Bemerkung, daß ein Selbstmord vorliege. Der Vater äußerte den Verdacht, daß es sich um ein Verbrechen handele. Von der Staatsanwaltschaft wurden Untersuchungen angeordnet, die resultatlos verliefen. Anfang Juli 1922 wurde die Leiche des jungen Laase auf Anordnung der Behörden ausgegraben und festgestellt, daß Laase zunächst angeschossen und dann durch einen Schuß in die Brust getötet worden war. Gegen Herrn v. Raehne, der inzwischen den 61jährigen Arbeiter Nietert niedergeschossen und schwer verletzt hatte, ergaben sich schwere Verdachtsmomente der Täterschaft. In den Tagen des Rathenau-Wortes schritt man zu seiner Verhaftung und ordnete eine Voruntersuchung wegen Totschlages an. Nach etwa 14 Tagen wurde Raehne wieder auf freien Fuß gesetzt und seitdem hörte man von der Angelegenheit nichts mehr. Am 6. Juni 1923 hat es nunmehr das Schwurgericht Potsdam, dessen Vorsitzende die Landgerichtsräte Kaufmann und Wartung sind, abgelehnt, das Hauptverfahren in der am 11. Juni beginnenden Schwurgerichtsperiode zu eröffnen, und zwar mit der Begründung, daß keine genügenden Beweise vorliegen. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft in Potsdam Dr. Gerlach hat gegen diesen Beschluß beim Kammergericht Beschwerde eingelegt.

Wir halten es für notwendig, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit von neuem auf diese Angelegenheit zu lenken und zu fordern, daß das Kammergericht sofort eine Entscheidung fällt und das preussische Justizministerium die Sache dauernd im Auge behält, da hinreichender Grund zu der Annahme besteht, daß der Fall Laase ebenso wie der Fall Nietert von Termin zu Termin verschleppt wird und schließlich im Sande verläuft. Der 61jährige Arbeiter Nietert wurde von Raehne am 11. Februar 1922 niedergeschossen und schwer verletzt, weil er im Wald eine Tanne gehauen hatte. Die Anklage lautet in diesem Falle auf versuchten Totschlag. Auch damals gab es ein längeres Hin und Her und als die Potsdamer Staatsanwaltschaft nach Abschluß der Voruntersuchung die Erhebung weiterer Beweise beantragte, lehnten das der Untersuchungsrichter und die Strafkammer ab. Am 16. Mai v. J. ging die Sache an das Kammergericht, und seitdem ist sie verschollen. Das muß diesmal ver-

hütet werden. Wie wir hören, ist die Bevölkerung von Potsdam und Umgegend über die Haltung des Schwurgerichts äußerst empört. Sie fragt sich mit Recht, ob die Herren v. Raehne auf Böhlow am Schwielow-See durch dieses Verhalten nicht geradezu ermuntert werden, mit Beginn der Sommersaison ihr edles „Waidwerk“ wieder aufzunehmen. Daß es ihnen trotz der feinerzeit erfolgten Waffenschnahme nicht an Mitteln fehlt, zeigte ein Vorfall am 28. Januar d. J., als eine Gruppe Jugendlicher auf dem weitläufigen Besitz derer v. Raehne mit einem Schießprügel angefallen, bedroht und mißhandelt wurde.

Chronik des Falles Raehne.

Eine chronische Uebersicht mag zeigen, mit welcher für Laien unbegreiflichen Lässigkeit der Fall Raehne bisher behandelt worden ist. Dabei ist vorauszusetzen, daß der Sohn des Herrn v. Raehne wegen seiner Schießerien auf Menschen bereits viermal vor Gericht stand. Das letztemal hatte er ein Automobil mit zahlreichen Insassen beschossen und war dafür zu 10 000 Mark Geldstrafe verurteilt worden.

2. Mai 1921: Der 16jährige Sohn des Obstzüchters Otto Laase aus Bellow wird auf Gut Böhlow am Schwielowsee erschossen.

30. Juli 1921: Herr v. Raehne demnachrichtigt den Vater Laases mit dem Bemerkung, der Erschossene habe Selbstmord verübt.

20. August 1921: Der Vater Laases übergibt die Angelegenheit der Staatsanwaltschaft und spricht den Verdacht aus, daß es sich um ein Verbrechen handele.

24. November 1921: Die Ermittlungen verlaufen ergebnislos und werden nicht weitergeführt.

11. Februar 1922: Raehne schießt den 61jährigen Arbeiter Karl Nietert, der im Forst eine Tanne geschlagen hatte, nieder und verletzt ihn schwer.

17. Februar 1922: Die Staatsanwaltschaft Potsdam greift ein. 18. Februar 1922: Der Generalstaatsanwalt beim Kammergericht richtet ans Amtsgericht Werder das telephonische Ersuchen, über den Antrag des Staatsanwalts auf Verhaftung Raehnes so rasch wie möglich zu entscheiden.

21. Februar 1922: Der Regierungspräsident von Potsdam richtet gegen Raehne Anzeige wegen unbefugten Waffentragens.

24. Februar 1922: Der Untersuchungsrichter lehnt den Haftbefehl gegen Raehne ab, da kein Tatverdacht vorliegt, sondern die Notwehr Raehnes als erwiesen betrachtet werde.

18. März 1922: Auf Befürwortung des Landrats und des Amtsvorsehers erhält Raehne polizeilichen Schutz.

20. April 1922: Minister Seewering antwortet auf eine Anfrage, daß die Herren v. Raehne nicht im Besitz eines Waffenscheines sind und daß deshalb gegen sie ein Verfahren eingeleitet ist.

16. Mai 1922: Die Potsdamer Staatsanwaltschaft hat nach Abschluß der Voruntersuchung auf versuchten Totschlag an Nietert die Erhebung weiterer Beweise beantragt, was von Untersuchungsrichter und Strafkammer abgelehnt wird. Die Sache geht an das Kammergericht und verhandelt.

Juni 1922: Die Leiche Laases wird behördlicherseits ausgegraben. Es wird festgestellt, daß Laase zunächst durch einen Schuß in den Fuß verwundet und erst später durch einen Schuß in die Brust getötet wurde. Es wird weiter festgestellt, daß sich Munition und Gewehr, mit dem Laase getötet wurde, bei einem Oberförster Raehnes befinden. Weitere schwere Belastungsmomente für Raehne ergeben sich.

19. Juli 1922: Raehne wird verhaftet, Voruntersuchung wegen Totschlages.

Ende Juli 1922: Raehne wird aus der Haft entlassen.

28. Januar 1923: Auf dem Besitz des Herrn v. Raehne wird eine Schar jugendlicher Wanderer mit einem Gewehr bedroht, mißhandelt und beschimpft.

6. Juni 1923: Das Schwurgericht Potsdam lehnt es ab, das Hauptverfahren gegen Raehne in Sachen Laase zu eröffnen, da keine genügenden Beweise vorliegen. Die Angelegenheit geht an das Kammergericht.

Heinz Neumann, der Redakteur der „Roten Fahne“, über dessen Verhaftung wir berichteten, ist nach einer Mitteilung der B.S. Korrespondenz aus dem Gefängnis in Münster entflohen.

„Nun aber Schluß!“

Uebergang der Deutschnationalen zur Opposition.

Seitdem Dr. Cuno die Regierung übernahm, war die Taktik der Deutschnationalen Volkspartei, die sich in ihrer vollkommenen Isolierung und politischen Einflüßlosigkeit seit langem nicht mehr wohl gefühlt hatte, von dem Bestreben geleitet, den neuen Reichskanzler gewissermaßen als ihren Mann hinzustellen und so zu tun, als ob die namentlich seit der Ruhraktion eingeleitete Politik des passiven Widerstandes gewissermaßen die Rückkehr zu ehier deutschnationaler Politik bedeute. Jetzt wo die Regierung Cuno zu praktischer Politik übergehen muß und endlich der Weg zur Verständigung über die Reparationsfragen beschritten wird, geraten die Deutschnationalen gegenüber der Auswirkung ihrer demagogischen Redensarten in eine mehr wie schwierige Lage. Sie wissen offenbar noch nicht, was sie machen sollen. Vollkommen in Opposition zu gehen, erscheint ihnen noch nicht ganz zweckmäßig. Die Führung des Bürgerblocks gegen die Sozialdemokratie war für Helfferich und seine Freunde eine zu schöne Aufgabe, als daß man leichtens Herzens auf diese Rolle verzichten möchte. Aber agitatorische Redensarten haben nun einmal ihre innere Logik. Und so sind sie genötigt, um nicht ganz den Einfluß auf die hinter ihnen stehenden Massen zu verlieren, die Flucht zur Phrase anzutreten. Sie haben gestern in Berlin in vier großen Versammlungen vorsichtig zwischen agitatorischen und politischen Notwendigkeiten einen künstlichen Eiertanz aufzuführen versucht. In einer Entschliessung, die in diesen Versammlungen auf Veranlassung der Parteileitung und der Fraktionen des Reichstages und des Landtages angenommen wurde, bezeichnen sie das Memorandum der Reichsregierung als einen schweren Fehler und fordern:

„Nun aber Schluß mit Nachgiebigkeit und den Angeboten.“

Wir fordern weiter:

Ein entschiedenes, ausdrückliches Nein! auf das französisch-belgische Verlangen der Kapitulation, der Aufgabe des passiven Widerstandes und der Zustimmung zu Regelungen, die Rhein und Ruhr endgültig feindlicher Gewalt ausliefern.

Wir fordern endlich:

Entschlossenen verstärkten Widerstand gegen die Gewalt der Feinde.

Nur eine Regierung, die das deutsche Volk auf diesem Wege kraftvoll und mutig führt, kann auf unsere Unterstützung rechnen. Das deutsche Volk steht im letzten Entscheidungsschlange um Dasein und Zukunft. Darum heißt es: Nun erst recht!

In der Diskussion fand man aber schon kräftigere Worte. Wenngleich die staatsmännische Exzellenz Hergert die Einberufung der Versammlungen „noch nicht als Mißtrauensvotum“, sondern nur als „Rückenstärkung für die Regierung“ gedeutet wissen wollte, ging der Abgeordnete E. Schlange schon viel weiter. Nach der „Deutschen Tageszeitung“ rechnete der Redner „unerbittlich mit dem jetzigen System des Parlamentarismus ab“.

„Wir glauben an die alten Ideale. Nicht der jetzige Kurs führt uns aus dem Elend heraus, sondern nur das Aufstehen zum entschlossensten Widerstand. Wir wollen ein freies deutsches Volk und kein von fremdstämmigen Elementen regiertes Volk von Sklaven sein. (Minutenlanges Beifall.)“

Schon die Tatsache, daß man einen deutschvölkischen Phrasen vom Schlage des Herrn Schlange, dessen provozierendes Auftreten im Preussischen Landtag feinerzeit der volksparteiliche Abgeordnete v. Kardorff genügend gekennzeichnet hatte, gestern reden ließ, charakterisiert die Bedrängnis, in die „Staatsmänner“ der Deutschnationalen Volkspartei, die gar zu gern weiter die Führung des antisozialdemokratischen Bürgerblocks in der Hand behalten möchten, gekommen sind. Es wird aber alles nichts helfen, die Reparationsfrage wird mit deutschnationalen Phrasen niemals gelöst. Eine Lösung wird nur möglich sein ohne und gegen die Deutschnationalen.

Lassalles Bibliothek.

Ein lange gesuchter Schatz ist jetzt in der Breslauer Stadtbibliothek geborgen worden: die Bibliothek Lassalles, die Fürst Hermann v. Hafffeld, der Nachkomme der Gräfin Hafffeld, der sie Lassalle einst hinterlassen, der Stadt Breslau gestiftet hat. Ueber die interessante Zusammensetzung dieser Bücherei, die auf die Allseitigkeit der Bildung ihres Besitzers ein helles Licht wirft, macht Dr. Otto Pringsheim in den „Hilfswortern Monatsheften“ nähere Mitteilungen. Der Inhalt der Bibliothek spiegelt den ungewöhnlichen Studiengang und die geistige Entwicklung des genialen Mannes wider. Er, der sich ursprünglich der klassischen Philologie gewidmet hatte, wurde dann durch das Eintreten für die Sache der Gräfin Hafffeld, die er vor 36 Gerichtshöfen verfocht, zum Studium der Jurisprudenz geführt, mit der er sich hauptsächlich im Gefängnis vertraut machte. Dann trat die Nationalökonomie für ihn in den Vordergrund, und je mehr er sich mit Politik beschäftigte, desto eifriger wandte er sich der Geschichte und Diplomatie zu. Unter den Bücherbeständen ist die klassische Philologie besonders reich vertreten; man kann verfolgen, welche umfassenden Studien der junge Gelehrte für sein Werk über „Heraklit“ machte, das ihm einen so unerwarteten Erfolg eintrug. Seine rechtsphilosophischen Untersuchungen erforderten die zahlreichen Werke aus allen Rechtsgebieten, Kommentare, Gesetzsammlungen usw., die die Bibliothek enthält.

Man hat öfters behauptet, daß Lassalle auf nationalökonomischem Gebiet Dilettant gewesen sei. Die Bibliothek zeigt aber, daß er die ökonomische Wissenschaft vollständig beherrschte. Er hat die bürgerlichen Wirtschaftstheorien nicht minder eifrig studiert wie die Sozialisten. Endlose Reihen statistischer Publikationen wurden von Lassalle durchgearbeitet, Flugblätter über die sozialpolitischen Tagesfragen gesammelt. Als trübenden Abschluß seiner ganzen wissenschaftlichen Tätigkeit hatte er ein „System der Philosophie des Geistes“ entworfen, dessen Skizze in seinem Nachlaß gefunden wurde. Daber beschäftigte er sich eingehend mit Philosophie und war durchaus kein starrer Anhänger Hegels, sondern auch ein begeisterter Leser Feuerbachs. Außerdem befinden sich in seiner Bibliothek neben vielen anderen philosophischen Büchern die Werke von Spinoza und Fichte, die Logik von Mill. Die Geschichte ist u. a. durch die französischen Historiker Mignet und Thierry: Budies „Geschichte der Zivilisation“, Comarines „Geschichte der Girondisten“ vertreten. Ueber die Geschichte der französischen Revolution hat er ein reiches Material zusammengebracht und seltene Memoirenwerke gesammelt. In diesem umfassenden Arbeitsgebiet fehlten auch die naturwissenschaftlichen Schriften nicht ganz, aus deren Bereich Alexander v. Humboldts sämtliche Werke und Darwins Buch über den Ursprung der Arten genannt seien. Schriften über deutsche und nordische Mythologie, über spanische

Literatur und biblische Altertümer: ägyptologische Werke, ja sogar Wilhelm v. Humboldts schwieriges Werk über die Ramisprache lassen erkennen, wie weit der Gesichtskreis ihres einstigen Besitzers reichte. Aus der schönen Literatur sind u. a. die Werke von Kriest, Hutten, Voltaire, George Sand, Platen, Heine, Freiligrath und Bodenstedt vorhanden.

Alkohol verkürzt das Leben. Es ist eine bei Tierexperimenten längst festgestellte wissenschaftliche Tatsache, daß länger andauernde Alkoholfuhr wichtige Veränderungen in den Zellen der Versuchstiere herbeiführt. Diese Versuche sind durch umfangreiche Untersuchungen des schwedischen Professors Einar Sjövall über den Alkohol als Krankheitsursache in vollem Umfange bestätigt worden. Von den erwähnten Veränderungen werden fast sämtliche Organe des Körpers betroffen, da der Alkohol, wie unzweifelhaft bewiesen ist, sich ziemlich gleichmäßig in fast allen Teilen des Körpers verbreitet. Am schwersten freilich wird das Zentralnervensystem in Mitleidenschaft gezogen, was eine Folge seiner eigenartigen chemischen Zusammensetzung ist. Besonders auffallend ist die Verminderung gewisser phosphorhaltiger Fettarten, der mit Ausnahme der Nieren alle Organe unterliegen. Dieser Einfluß bleibt sogar noch mehrere Monate nach Einstellung der Alkoholfuhr bestehen. Dies allein beweist schon, daß es sich hierbei nicht um eine Verminderung bedeutungsloser und leicht erkehrbarer Stoffe handelt. Man hat auch gute Gründe, anzunehmen, daß die Verminderung dieser Fettarten eine größere oder geringere Einbuße der Fähigkeit der Zellen im Gefolge hat, die Arbeiten zu verrichten, für die sie da sind. Das bedeutet, mit anderen Worten gesagt, nichts anderes als eine chronische Erkrankung, die jedoch nicht immer leicht zu ermitteln ist, sofern man sich lediglich an Organveränderungen hält; denn im allgemeinen weisen die Organe selbst bei der Obduktion ein normales Aussehen auf. Nur ein einziges Organ zeigt häufig eine auffällige Veränderung als unmittelbare Folge der Alkoholeinwirkung, nämlich die Fettleber.

Werden bei der Obduktion schwerere Organveränderungen wahrgenommen, so können diese von anderen schädlichen Einwirkungen herkommen, von denen Alkoholiker öfter und stärker angefallen werden als nüchterne Personen. Den Zusammenhang zwischen Krankheit und Alkoholmißbrauch kann man sich auf vier verschiedene Arten vorstellen. Entweder liegt eine Alkoholeinwirkung im eigentlichen Sinne ohne Mitwirkung anderer Faktoren vor, oder Alkoholgebrauch und andere Faktoren wirken zusammen, oder die Krankheit entsteht auf Grund einer durch den Alkoholmißbrauch verursachten ungewöhnlichen Lebensweise; oder sie ist als Folge des Rückganges der ökonomischen und sozialen Lebenshaltung anzusehen, die der Alkoholmißbrauch hervorgerufen hat. Da nun die Statistik keine Unterscheidung zwischen diesen vier Möglichkeiten treffen kann, so folgt daraus, daß man statistische Folgerungen über die pathologische Einwirkung des Alkohols mit Vorsicht betrachten muß. Andererseits wiederum sind solche Zahlen nicht zu unterschätzen; denn eines beweisen sie untrüglich: die verkürzte Lebensdauer des Alkoholikers.

Der Bodensee als Riesentalperre. Schon jetzt wirkt der Bodensee im gewissen Sinne als natürliche Talperre für den Rhein, indem er verhindert, daß das aus den Schweizer Bergen kommende Hochwasser ungehemmt und schadenbringend ins deutsche Land hinausläuft. In Zukunft soll er nun planmäßig in den Dienst einer großartigen Wasserwirtschaft und der oberheinischen Schifffahrt gestellt werden. Bei seiner, je nach dem Wasserstande 482 bis 530 Quadratkilometer großen Fläche macht das Steigen des Seespiegels um nur einen Zentimeter die hübsche Wassermenge von rund fünf Millionen Kubikmeter aus. Die unterhalb des Sees ausfließende gemessene Wasserführung des Rheins schwankt bei Mittel- und Hochwasser zwischen 550 bis 1100 Kubikmeter pro Sekunde. Unterhalb der Norenmündung sind die Werte schon 435 bis 2750 Kubikmeter pro Sekunde und an der Birsmündung bereits 1000 bis 5600 Kubikmeter pro Sekunde. Das sind ungeheure Wasserstandsgegenstände, die nur durch Verstärkung der Stauwirkung des Bodensees vermindert werden können. Die dazu erforderlichen technischen Maßnahmen sind zwischen Deutschland und der Schweiz im Zusammenhang mit der Regulierung des Rheins zwischen Basel und dem Bodensee vereinbart worden.

Die Bodenseeregulierung ist geplant zwischen dem Konstanzer Niedrigwasserpegelstand von 3 Meter und dem dortigen Hochwasserstand von 4,80 Meter. Durch die geplante Stauanlage würde sich die ungeheure Wassermenge von einer Milliarde Kubikmeter aufspeichern lassen. Diese Masse soll so verteilt werden, daß nicht mehr als 1000 Kubikmeter pro Sekunde abfließen. Eine einzubauende Schleuse ermöglicht die Schifffahrt. Das gesamte Werk darf als eine der bedeutendsten Maßnahmen wasserwirtschaftlicher Art bewertet werden, das auch für andere Stromgebiete richtunggebend wirken muß. Mit dem Stauwasser des Bodensees würde es sich erreichen lassen, daß die niedrigste Wasserführung des Oberrheins, die jetzt 40 bis 50 Kubikmeter pro Sekunde beträgt, auf 120 bis 150 Kubikmeter pro Sekunde erhöht wird. Die Vorteile der Schifffahrt liegen also auf der Hand. Die Schweiz plant im Anschluß an dieses Werk eine zusammenfassende Regulierung des gesamten Wasserablaufes aller Schweizer Seen.

Erkennführungen der Woche. Donn., Neues Volkstheater: „Bater und Saba“. — Sonnab., Deutsches Opernhaus: „Boccaccio“. — Schloßparktheater: „Heinrich Heines erste Liebe“.

Kranke Vorträge. Sonn., H. Freit.: Kl. Berlin in der Biedermeierzeit. Außerdem Mont., Diens., Mittw., Mi., Uhr, Sonnab., 8 Uhr, Goethe: Holland, Land und Leute.

Mag Reinhardt wird bald von ihm gepachtete neue Theater am Kurpark am Ende seines anderen Bühnen angliedern und durch seine Gesellschafter unter Leitung von Felix Pollander führen lassen.

Die deutsche Tonkünstlerwoche verbunden mit der 51. Jahresversammlung des Allgemeinen deutschen Musikvereins nahm Freitag im Hotel mit einem Orchesterkonzert in der Stadthalle ihren Anfang. Am 400. Jubiläum sind aus allen Teilen des Reiches eingetroffen. Am nächsten der Veranstaltung sind u. a. 4 Konzerte vorgesehen. Neben dem Allgemeinen Deutschen Musikverein halten auch andere Musikorganisationen Lesungen ab.

Deutsch-amerikanische Arbeiter für Arno Holz. Der Redakteur des in Milwaukee erscheinenden „Vorwärts“, Heinrich Bartel, drückt sich um eine Kollektion über die Spende der Schneiderger Liebertal nach und fordert zur Nachahmung auf. Seine Sammlung hat 176,55 Dollar ergeben.

Schlageters Beisehung.

Nationalistische und antirepublikanische Kundgebungen.

Eiberfeld, 8. Juni. (Fig. Drahtber.) Die am Freitag erfolgte Trauerfeierlichkeit für den von den Franzosen erschossenen Leo Schlageter, der der Organisation Heinz angehörte, von der feststeht, daß eine große Anzahl ihrer Angehörigen im Solde der Franzosen steht, gestaltete sich zu einem großen nationalen Gedenktage. Von nah und fern waren Stahlhelmlaute, Halenkreuzler, Jungdokumente usw. mit Bannern und Fahnen in allen möglichen Uniformen angetraut. Die Beteiligung war riesenhoch. In ihr nahmen u. a. auch die Spitzen der Behörden teil sowie die meisten der ausgewiesenen höheren Beamten, so Dr. Schlutius aus Düsseldorf und Regierungspräsident Grünher, der bestrebt war, der Veranstaltung den nationalpolitischen Charakter zu nehmen. Grünher hatte dem Polizeipräsidenten von Eiberfeld, einem ehemaligen Rittmeister, mitgeteilt, daß schwarzweiße Schleifen und antirepublikanische Abzeichen und Fahnen nicht getragen werden dürfen. Außerdem ließ er einen Kranz mit schwarzrotgoldener Schleife überreichen. Das Verbot war jedoch ohne jeden Erfolg.

Schon zu Beginn der Veranstaltung zeigte sich, daß Kräfte am Werk waren, die die Feier parteipolitisch auszugestalten und die Erregung, die die Erschießung Schlageters hervorgerufen hatte, zu antirepublikanischen Zwecken auszunützen wollten. Während die Eiberfelder Organisationen von schwarzweißroten Schleifen abgaben und weiße Schleifen wählten, rückten die auswärtigen mit schwarzweißroten Schleifen an, die teilweise sogar mit Halenkreuzen verziert waren. Vor Beginn der Feierlichkeit protestierte man gegen das Verbot der Regierung, und als die Polizei eingreifen wollte, erklärte ein ehemaliger Kompanieführer aus einem obereschlesischen Freiwilligenkorps, daß der Weg zu den schwarzweißroten Schleifen nur über seine Leiche ginge.

Eine eigentümliche Rolle spielte der Polizeipräsident von Eiberfeld. Dieser Mann, der infolge des Verbotes des Regierungspräsidenten Grünher amtsmäßig sein soll, erklärte, daß er nur seinen Dienst ausführe; wie er als Mensch denke, brauche nicht erörtert zu werden. Er habe seinen Beamten den Befehl zur Entfernung der schwarzweißroten Schleifen gegeben, die es aber nicht wagten, angesichts der Erregung der Menge den Befehl zur Ausführung zu bringen. Bei der eigentlichen Trauerfeier sprachen Prälat Neumann und Pastor Frick. Neumann nannte die Tat Schlageters seine letzte große Heldentat und sagte, man müsse sich den großen Helden Schlageter zum Vorbild nehmen. Im Sinne des Dahingegangenen wollen wir weiterwirken. Besonders die Ausführungen des Pastors Frick waren eine Aufspießung der nationalen Leidenschaften in schümmer Form. Der Sarg Schlageters wurde dann von Stahlhelmlauten auf der Schulter von der Stadthalle nach dem Hauptbahnhof Eiberfeld getragen.

Wie wir weiter erfahren, hat Regierungspräsident Grünher angeordnet, daß gegen alle, die sich bei der Schlageter-Feyer gegen das Verbot vergangen haben, vorgegangen wird. Insbesondere hat er angeordnet, daß die Namen der Träger der verbotenen Uniformen festgestellt werden, damit sie zur Verantwortung gezogen werden können.

Zur Wiederaufnahme der Militärkontrolle.

Paris, 9. Juni. (U.) Im Zusammenhang mit der vorgestern ergangenen Verfügung des Völkervertrages, die militärische Kontrolltätigkeit der Alliierten in Deutschland wieder aufzunehmen, erklärt der „Petit Parisien“, daß das Wiedererlangen der militärischen Kontrolle außerordentlich notwendig sei, da die deutschen Nationalisten im Laufe der letzten Monate die Einstellung der alliierten Ueberwachung dazu benutzt hätten, umfangreiche militärische Vorbereitungen zu treffen. (1) Das sei nicht nur aus den im Besitze des hingerichteten Schlageters vorgefundenen Papieren zu entnehmen — man wisse nunmehr, daß ein großer Feldzug von Attentaten, der die Verwendung von Bomben vorsah, planmäßig organisiert worden sei — sondern man habe nunmehr im unbesetzten Deutschland eine Entdeckung von größtem Interesse gemacht. Kein zufällig sei festgestellt worden, daß die deutschen Nationalisten, die mit der Reichswehr in Beziehung stehen, besondere Schulen organisierten, um die Offiziere der früheren Armee und Marine in den neuen Kampfmethoden zu unterweisen. Der „Petit Parisien“ knüpft an eine Mitteilung des „Daily Telegraph“ an, wonach zwei Schulen, die eine in Potsdam, die andere bei Bremen beständen und bestreben, daß in den Hauptausbildungsstätten Panzerwagen und besondere Selbstautos verwendet werden. Eine gewisse Reihe von Wagen dieses Typs seien kürzlich in einer rheinischen Fabrik beschlagnahmt worden, als man sie nach ihrem Bestimmungsort verschicken wollte. Außerdem habe man den Beweis, daß die Mannschaften, die an diesen Uebungen teilnehmen, keineswegs der aktiven Reichswehr angehören und keinerlei Uniform tragen.

Ausdehnung des obereschlesischen Streiks.

Beuthen, 8. Juni. (W.B.) Die Streiklage im Kreise Beuthen ist unverändert. Im Kreise Hindenburg hat heute nachmittag die Belegschaft der obereschlesischen Elektrizitätswerke in Zaborze in geheimer Urabstimmung sich mit 175 gegen 68 Stimmen für Eintritt in den Streik entschlossen. Der Magistrat der Stadt Hindenburg wird auf Anregung der Hindenburg-Streikleitung eine Reisepreisung für die Streikenden, zunächst für etwa tausend besonders kinderreiche Familien, einrichten. In Gleiwitz schloß sich die gesamte Belegschaft der Elektrizitätswerke Griesheim dem Ausstand an. Der Magistrat sagte bereits die Einrichtung von Massenleistungen zu. Außerdem erließ der Magistrat ein Alkoholverbot. Eine Abteilung Streikender von dreißig Mann verließ gemeinsam mit der Polizei den Straßenordnungsdienst, um Ansammlungen zu unterbinden und auf die Bevölkerung beruhigend zu wirken. In Hindenburg und Gleiwitz wurden Streikleistungen gebildet, die paritätisch aus Angehörigen der verschiedenen Gewerkschaften zusammengesetzt sind. Gegenwärtig streiken zweiunddreißig Großbetriebe mit insgesamt etwa 60 000 Arbeitern.

	9. Juni		8. Juni	
	Käufer (Gold) Kurs	Verkäufer (Silber) Kurs	Käufer (Gold) Kurs	Verkäufer (Silber) Kurs
1 holländischer Gulden	33216.50	33388.50	30747.50	30962.50
1 argentinische Papier-Peso	28029.50	29072.50	27880.50	27719.50
1 belgischer Franc	4618.—	4657.—	4350.—	4381.—
1 norwegische Krone	19965.—	14035.—	18117.—	18193.—
1 dänische Krone	14062.50	15087.50	14064.—	14185.—
1 schwedische Krone	22044.50	22155.50	20872.50	20977.50
1 finnische Mark	2334.—	2346.—	2174.50	2185.50
1 japanischer Yen	40648.—	40852.—	38403.50	38506.50
1 italienische Lire	8570.—	8590.—	8065.50	8084.50
1 Pfund Sterling	390023.—	391978.—	361878.—	363857.—
1 Dollar	83790.—	84210.—	78303.—	78697.—
1 französischer Franc	5346.50	5878.50	5062.—	5088.—
1 brasilianischer Milreis	8478.50	8521.50	7880.—	7920.—
1 Schweizer Franc	14962.50	15087.50	14104.50	14285.50
1 spanische Peseta	12518.50	12581.50	11870.—	11980.—
100 österr. Kronen (abgest.)	118.85	119.45	109.82	110.88
1 tschechische Krone	2518.50	2531.50	2344.—	2355.—
1 ungarische Krone	1331.—	1339.—	12.06	12.84
1 bulgarische Lewa	—	—	889.50	844.50
1 jugoslawischer Dinar	—	—	887.50	872.50

Der Koloradokäfer.

Deutschland wird, wie die Biologische Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft mittel, gegenwärtig von dem aus dem Westen kommenden außerordentlich schädlichen Koloradokäfer bedroht. Er richtet insbesondere große Schädigungen an Kartoffelfeldern an. Die Kleingärtner der Großstadt seien daher insbesondere auf diesen unliebsamen Gast hingewiesen. Der etwa ein Zentimeter lange, oberseits eiförmig gewölbte Käfer ist am Kopf und Halschild rotgelb gefärbt und mit schwarzen Flecken gezeichnet. Die wachsgelben Flügeldecken zeigen zehn schwarze Längsstreifen. Die blutrot bis orangefarbene Larven des Käfers tragen an beiden Seiten des Körpers zwei Reihen schwarzer, warzenähnlicher Flecke. Weibchen, Käfer sowie Larve, fressen Kartoffelkraut, leben aber auch auf Tomaten, Kohl, Fenchel, Melde und Johannisbeersträuchern. Die rotgelben Eier werden bis zu dreißig Stück an der Unterseite der Blätter angelegt. Sobald der Käfer auftritt, ist sofort dem Kleingärtneramt bzw. der Ortspolizei Mitteilung zu machen, damit sofort Gegenmaßnahmen ergriffen werden können. — Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß die Schädlingsbekämpfung eine der Haupt-Kleingärtnerarbeiten im Mai und Juni ist. Vor allem ist die Obstmaie sehr wirksam mit Arsenpräparaten zu bekämpfen. Wenn erst die Reife der jungen Birnen und Äpfel geschlossen sind, ist diese Maßnahme zwecklos. Die sonstigen Arbeiten verbleiben sich von selbst. Da jetzt kaum starker Frost zu befürchten ist, können Bohnen gesetzt und Tomaten gepflanzt werden. Sturzgehende Gemüse können bei feuchtem Wetter einen Saubehuf bekommen, der von nun ab alle acht bis zehn Tage fortgesetzt wird. Das Ausweifen der Spitzen der Fruchttriebe an den Obstbäumen, Buchs, Pyramiden, Formbäumen darf jetzt nicht versäumt werden, um die Blütenknospen fürs nächste Jahr gut zur Entwicklung zu bringen. Dieses Ausweifen oder Entspitzen läßt den Fruchttrieb nicht über 10—15 Zentimeter lang werden und wird bei erneutem Austrieb wiederholt. Alle diesbezüglichen Anfragen sind persönlich im Kleingärtneramt, Rathaus Neukölln, Zimmer 184, Dienstag und Freitag von 5—6 Uhr nachmittags, vorzubringen. Auf besonderen Antrag werden auch Vorträge gehalten. Um die Kenntnis des Koloradokäfers zu ermöglichen, wird dieser auf Verlangen im Kleingärtneramt Neukölln gezeigt.

Neue städtische Tarife.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: Der Ausschuß der Stadtdeputation hat die heute mit der Festsetzung der von der Standaufnahme im Juni abgehenden Preise für Gas, Wasser und Elektrizität beschäftigt. Das von dem Stadtdeputationen beigebrachte Material über die neuen Kohlen- und Frachtpreise ergab, daß die Auswirkung der Kohlen- und Frachtpreiserhöhung noch erheblich größer ist, als man nach den ersten Nachrichten über die Preisänderung annehmen zu müssen geglaubt hatte. Es war zu berücksichtigen, daß den neuen Preisen nicht nur die Anfang Juni eingetretene Preiserhöhung für Kohle und Fracht zugrunde zu legen war, sondern daß auch noch die Preiserhöhung vom 16. Mai ab Geltung finden mußte. Hierdurch ergab sich, daß der jetzige Kohlenpreis sich gegenüber demjenigen, auf dem die Wapreise aufgebaut waren, um rund 90 Proz. höher stellen. Daher mußten die Preise für Gas, Elektrizität und Wasser in entsprechendem Umfang erhöht werden. Der Ausschuß hat sich in eingehender Erörterung mit der Frage beschäftigt, ob es nicht möglich sei, jetzt noch wenigstens vorübergehend die Erhöhung der Fracht- und Kohlenpreise nicht vollständig zur Auswirkung kommen zu lassen. Er mußte aber, trotzdem er die schwierigen Verhältnisse in Berlin in Berücksichtigung zog, weil bereits von Mitte Juni ab mit einer erheblichen Erhöhung der Kohlenpreise zu rechnen ist, die dann in dem Junipreis sowieso schon keine Deckung findet, einer Erhöhung zustimmen. Es muß auch noch darauf hingewiesen werden, daß es sich bei den neu festgesetzten Preisen um solche handelt, die erst von der Standaufnahme im Laufe des Monats Juni gerechnet werden, so daß der erhöhte Preis erst im Laufe des Monats Juli zur Erhebung gelangt, bis dahin aber zu ermäßen ist, daß die der Geldentwertung immer nachhinkenden Löhne und Gehälter entsprechende Erhöhungen erfahren haben. Die festgesetzten Preise betragen von der Standaufnahme im Juni an für Gas 1200 R. je Kubikmeter, für Elektrizität 2000 R. je Kilowattstunde und für Wasser 660 R. je Kubikmeter.

Erhöhung der Omnibustarife. Am Montag, den 11. Juni erhöht die Allgemeine Berliner Omnibusgesellschaft ihre Fahrpreise, dem Beispiel der Straßenbahn folgend, in der Weise, daß die Teilstrecke 600 R. die ganze Fahrt mit dem Kraftomnibus 800 R. kostet.

Wucherpolizei gegen wilde Aufkäufer.

Beschlagnahme im großen.

Einen überraschend großen Schlag führte die Wucherpolizei mit Unterstützung der Schutzpolizei gegen die wilden Butter- und Eierhändler und Aufkäufer. Am Schloßischen Bahnhof und am Bahnhof Alexanderplatz hatten sich zahlreiche wilde Aufkäufer eingefunden, die den Landeuten Butter und Eier sofort abnahmen, um sie zu Wucherpreisen weiterzuverkaufen. In diesen Bahnhöfen bildeten sich geradezu wilde Borsen. Schon auf den Bahnhofsstufen wurden Butter und Eier gehandelt, noch mehr aber auf Hausfluren und in Lokalen am Schloßischen Bahnhof und besonders auch in der Gontardstraße am Bahnhof Alexanderplatz. Die Wucherpolizei schritt wiederholt ein. Manche Händler gingen nun dazu über, den Produzenten nach einer entfernten Vorrichtung entgegenzufahren und ihnen dort bereits die Waren abzulassen. So kam es, daß den genehmigten Verkaufsstellen auf dem ordnungsmäßigen Wege immer weniger Ware zugeführt wurde, besonders vor den Sonn- und Feiertagen und an den Hauptmarktagen, wenn der Bedarf am größten ist. Die Produzenten beteiligten sich an dem steigenden Wucher, indem sie Wucherpreise verlangten. Die wilden Händler bezahlten diese gern. Denn ihre Abnehmer waren die Schlemmerlokale, die jeden Preis anlegen können, weil sie ja doch immer wieder auf ihre Kosten kommen. Gestern nachmittag vor Eröffnung der Zentralmarkthalle erschien am Bahnhof Alexanderplatz vor der Ankunft der bekannten Jüge ein größeres Aufgebot der Wucher- und Schutzpolizei. Die Beamten ließen die Produzenten und wilden Händler vom Bahnsteig herunterkommen und ungesüßert ihre „Handelstufen“ beziehen. Dann griffen sie plötzlich ein, stellten alle Personen fest, beschlagnahmten die Ware und führten sie zuverlässigen Händlern zu, die sie unter Aufsicht der Beamten zu den von der Wucherpolizei festgesetzten Preisen verkaufen. Der Erlös wurde beschlagnahmt. Die mitgeschickten Produzenten und wilden Händler kamen nicht nur um die Ware, sondern haben auch noch einer empfindlichen Strafe wegen Wuchers entgegenzusehen. — Da aber bei diesen Geschäften auf Kosten der Bevölkerung anständig verdient wird, werden diese Aufkäufer andere Methoden finden, vielleicht eine Zeitlang vorläufig sein. Immer aber wird der Verdienst locken. Erst wenn die Wirtschaft wieder in normalen Bahnen läuft, werden solche Auswüchse ganz von selbst verschwinden. Es muß natürlich gegen den Wucher eingeschritten werden und der Staat darf in dieser Tätigkeit nicht erlahmen, aber es bleibt eine mühselige und nicht endenwollende Sisyphusarbeit.

Das Abenteuer des Sing-Do-Ching.

Im sogenannten „Chinesenviertel“ von Berlin, der Gegend um die Breslauer Straße, wurde vor kurzem der chinesische Kaufmann Sing-Do-Ching überfallen und ausgeplündert. Es ist schnell gelungen, der Täter habhaft zu werden. Der chinesische Kaufmann spielte eines Abends in einer Wirtschaft in der Kraussstraße Karten. Hierbei sahen seine vier Mitspieler, daß er ausländische Geldnoten in seiner Brieftasche hatte. Sie brachen einen Streik vom Saum, ohne Zweifel in der Absicht, ihn gleich bei dem Zu-

sammenstoß auszulündern. Der Chineser tat aber so, als ob er eine Schußwaffe in der Tasche habe, und forderte sie auf, mit ihm herauszutreten. Das tat er nicht. Dafür aber ignorierte sie dem Manne auf seinem Heimwege auf, schlugen ihn zu Boden, raubten ihm die Brieftasche und verschwanden. Die Beamten des Raubdezernats der Kriminalpolizei ermittelten die Täter in zwei polnischen Arbeitern, die sich in der Gegend des Schloßischen Bahnhofs herumzutreiben pflegten und zwei Berlinerinnen namens Müller und Frige und nahmen sie fest. Alle vier sind bereits vorbehaftet und wurden dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Die Machtlosigkeit des Staatsanwalts.

Dabei soll der Wohnungswucher nicht gedeihen?

Gegen den Wucher, der bei der Vermietung möblierter Wohnungen oder Zimmer getrieben wird, wollte ein Wohnungswucher die Hilfe des Gerichtes anrufen. Er teilte der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin II mit, daß ihm für ein möbliertes Zimmer durch eine Vermittlerfirma ein unerhöht hoher Preis abgefordert worden war, und beantragte die Strafverfolgung. Der Besch. der ihm zuging, bereitete ihm eine Entschuldigung. Der Oberstaatsanwalt antwortete ihm, daß er wegen Wuchers nicht einschreiten könne, und begründete das so:

„Wegen Wuchers kann nach § 302 StGB. bestraft werden, wer in bezug auf ein Rechtsgeschäft gewerbs- oder gewohnheitsmäßig, unter Ausbeutung der Notlage, des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit eines anderen sich Vermögensvorteile verspricht oder gewährt, welche den Wert der Leistung übersteigt. Es ist aber nach den Umständen des Falles die Vermögensvorteile in auffälligen Mißverhältnis zu der Leistung stehen. Diese Voraussetzungen treffen auf Sie nicht zu, da nach Ihren eigenen Angaben S. durch die Firma . . . lediglich einen Preis von Ihnen gefordert hat, es aber zum Abschluß eines Vertrages nicht gekommen ist.“

Hiermit wäre in der Praxis eine Bestrafung des Wohnungswuchers selten möglich, da doch kaum ein Mensch bei übertriebenen Mietsforderungen zum Zweck der Anzeige erst einen Vertrag abschließt. Und wer wird denn, wenn er einen Mietvertrag abgeschlossen und die Wohnung übernommen hat, sich durch Anzeile den Schikanen des Vermieters aussetzen wollen? Auf dem Warenmarkt kümmern Polizei und Gericht sich auch um die Preise, die nur gefordert werden, und gegen zu hohe Forderungen schreiben sie ein. Oder sollte man z. B. Butter, für die ein Wucherer 30 000 Mark pro Pfund fordert, erst zu diesem Wucherpreis kaufen und dann den Staatsanwalt in Bewegung setzen?

Umbau am Potsdamer Ringbahnhof.

Ein unter den heutigen Verhältnissen recht erheblicher Umbau soll demnächst auf dem Potsdamer Ringbahnhof in Angriff genommen werden. Die Fahrkartenausgabe, die dem gesteigerten Verkehr nicht mehr entspricht, soll vergrößert werden und mit den neuesten Einrichtungen und auswechselbaren Fahrkartenschränken, wie sie sich in der letzten Zeit u. a. auf den Bahnhöfen Stralauer-Kummelsburg und Friedrichstraße als zweckmäßig erwiesen, ausgestattet werden. Da eine Erweiterung durch Ausbau infolge der eingeschlossenen Lage des Bahnhofs nicht möglich ist, soll auch hier das bereits auf Bahnhof Papenstraße erprobte Mittel — Ausnutzung der Höhe vorhandener Räume durch Einziehung von Zwischendecken — angewendet werden, und zwar soll der vom Ringbahnsteig nach dem Bahnhofsvorplatz führende lange Gang eine solche Zwischendecke erhalten, unter der dann die neue vergrößerte Fahrkartenausgabe ihren Platz finden wird, während auf ihr der Abgang der Reisenden wie sonst erfolgt. Die bisher von der alten Fahrkartenausgabe eingenommene Fläche soll als Vorrat der neuen Schalter und damit der Vergrößerung der Eingangshalle dienen. Während dieses Umbaus wird auch den Reisenden manche Unbequemlichkeit nicht erspart werden können. Der Abgang vom Ringbahnsteig muß längere Zeit verperrt, die Fahrkartenausgabe vorübergehend an eine andere Stelle verlegt werden, doch lassen sich diese Unbequemlichkeiten nicht vermeiden, da es nicht zu verantworten wäre, außer den erheblichen Kosten für den Umbau selbst noch solche für umfangreiche, nur vorübergehende Ausschüßsanlagen aufzuwenden.

Eine Halenkreuzorgie. Wir berichteten kürzlich über die Halenkreuzorgie in der Kunsthandlung von Reiche, Bismarckstr. 74/75, und in dem nebenan befindlichen Konfitürengeschäft von Ratske, die von Eindringern in vielfacher Weise heimlich geöffnet worden sind. Es wird angenommen, daß es sich um die gleichen Eindringler handelt, die in der Nacht zum 15. April in dem in der Nähe gelegenen Friseurgeschäft von Grumski eingebrochen sind. Der Polizeipräsident hat eine Belohnung von 100 000 R. ausgesetzt, während Grumski noch eine Belohnung von 1 Million Mark für die Wiederbeschaffung der ihm gestohlenen Räder ausgeschrieben hat. Mitteilungen aus dem Publikum, die streng vertraulich behandelt werden, nimmt Kriminalkommissar Dr. Koch, Dienststelle B. I. 9, im Zimmer 244 im Polizeipräsidium entgegen.

Brand eines Getreidewaggons. In der letzten Nacht geriet auf dem Hamburg-Lehrter Güterbahnhof in der Heidestraße ein Getreidewagon in Brand. Es gelang sämtliche anderen Waggons zu schützen und mit zwei Schlauchleitungen die Flammen auf die total ausgebrannte Ladung zu beschränken. Gleichzeitig kam ein sehr gefährlicher Brand in der Hader Straße 10 in einer Tischlerei zum Ausbruch. Bei Ankunft der Wehr brannten dort schon wertvolle Kuchenhölzer, so daß Gefahr im Verzuge war.

Ein Raubüberfall auf der Landstraße bildete den Gegenstand der zweiten Raubanklage, die das Schwurgericht III gegen die Arbeiter Karl Sens, Paul Abel und Hermann Folge beschlagnahmt. Auf der Chaussee zwischen Liebenwalde und Zehdenick waren die drei Angeklagten, die auf ihren Rädern daherkamen, einem ihnen entgegenfahrenden Landwirt begegnet. Der eine von den Angeklagten hatte den Landwirt angefahren, so daß dieser vom Rad stürzte. Sie waren dann über den Verunglückten hergefallen, hatten ihn schwer verprügelt und davongejagt. Darauf hatten sie, wie der Ueberfallene aus einiger Entfernung beobachtete, von dem Rade Reite, Sattel, Lampe und Schläuche abgeschraubt und das Rad in der nächsten Ortschaft in einem Dungenhaufen vergraben. Als sie es am nächsten Tage abholen wollten, wurden sie festgenommen. Des Urteil lautete gegen Sens auf ein Jahr drei Monate Gefängnis, gegen Abel auf neun Monate und gegen Folge auf ein Jahr fünf Monate Gefängnis.

Jugoslawienzug nach Sadow. Sonntag, den 10. d. M., fährt in die Dabrom. Abfahrtszeit: 6 Uhr morgens, Sadower Bahnhof. Die Veranstaltung am Montag, den 11., fällt aus.

Eine Kundgebung für die bedrängten Weingebiete, zu der die landmannschaftlichen Evidenzverbände, Reichsverband der Weinländer, Bund Saarverein, Landmannschaften Rhen-Neinhard und Westfalenbund einladen, findet am Montag, abends 8 Uhr, im Marmoraal des Non. Saal. Es werden sprechen als Vertreter der Stadt Berlin Bürgermeister Hiltner, Leiter der Oberbürgermeister Reichsminister Dr. Luther und Reichstagsabgeordneter Sollmann-König. Das Schlusswort spricht Reichstagspräsident Lösser.

Weiter für morgen.

Berlin und Umgebung. Ein wenig kühler, zeitweise aufklarend, jedoch überwiegend bewölkt, mit leichten Regenschauern und leichten föhnartigen Winden.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

7. Abt., Schmaragdort. Mittwoch abend 7 1/2 Uhr, im Lehrerzimmer, Mitgliederversammlung. Erschienen ist 1534.

